

Unterschrift:

Keine Kürzung bei Bus und Bahn!

Aufgrund der Kürzung der Regionalisierungsmittel darf es nicht zu Leistungskürzungen und Preiserhöhungen im ÖPNV kommen.
Ich erwarte entsprechende Initiativen von Ihrer Seite.

Keine Kürzung bei Bus und Bahn!

- Preissteigerungen verhindern!
- Mobilität in der Fläche erhalten!
- Schülerbeförderung sichern!
- Keine Abstriche oder Verzögerungen beim zugesagten Ausbau der Leistungsangebote!
- Keine Kürzung der Zuschüsse an die Verkehrsunternehmen!

Enno Hagenah, MdL
Bündnis 90/Die Grünen
im Landtag Niedersachsen
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel. 0511 3030-3308
Enno.Hagenah@lt.niedersachsen.de
www.gruene-niedersachsen.de



Im Landtag Niedersachsen

Keine Kürzung bei Bus und Bahn!



Keine Leistungsver schlechterungen und Preiserhöhungen im ÖPNV durch Kürzung der Regionalisierungsmittel!

**Landtagsfraktion
Niedersachsen**



Dieser Flyer und die Postkartenaktion werden vom grünen Ortsverband Ronnenberg ausdrücklich unterstützt und mitgetragen! Auch hier in Ronnenberg werden die Auswirkungen von Kürzungen beim ÖPNV unmittelbar zu spüren sein. Darum nicht zögern und die Postkarte gleich abschicken!



Kahlschlag im ÖPNV durch Kürzung der Regionalisierungsmittel?

Es drohen erhebliche Preissteigerungen im Nahverkehr, Angebotsverschlechterungen und Abstriche bei den bisherigen Ausbauplanungen in Braunschweig, Hannover, in der Heide oder auch im Bremer Umland. Dem Land Niedersachsen werden gegenüber der bisherigen Planung bis 2010 mehr als 250 Millionen Euro für die Aufrechterhaltung, den Ausbau und Investitionen in den Schienen- und übrigen Personenverkehr fehlen. Massive Rückschritte im ÖPNV, die von einer Ausdünnung des Fahrplans bis hin zu Stilllegungen gehen können, sind zu befürchten. Angesichts wachsender Instabilität und Krisenanfälligkeit der Ölversorgung, Stau Problemen auf den Straßen in wichtigen Wirtschaftsräumen und der Herausforderung des Klimaschutzes kann sich Niedersachsen eine Verschlechterung des Angebots des ÖPNV jedoch nicht leisten.

Die Landesregierung will die Mittelkürzungen offensichtlich nicht durch zusätzlichen eigenen Mitteleinsatz ausgleichen, sondern an die Kommunen und Verkehrsbetriebe durchreichen. Das geht aus der Antwort auf eine Anfrage der grünen Landtagsfraktion hervor. Damit trägt die Landesregierung die Verantwortung, wenn ländliche Regionen und weniger frequentierte Randbereiche der Städte Verkehrsanbindungen verlieren, und sie gibt damit den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs als politisches Ziel auf. Neben dem Verlust von Arbeitsplätzen bei den Verkehrsunternehmen und der Bahnindustrie droht dem Land so ein verkehrspolitischer Rückschritt. Die Konsequenz wird ein rasant wachsender Autoverkehr sein. Die Lärm- und Luftbelastung in den Städten und Regionen wird erheblich zunehmen.



Schwarz-Rot gegen Nahverkehr

Mit den Beschlüssen im Bundesrat vom 16.06.2006 erhalten die Länder einen

großen Anteil der Einnahmen durch die Mehrwertsteuererhöhung um den Preis von Einbußen bei den Regionalisierungsmitteln. Durch ihre Enthaltung beim Kuhhandel Mehrwertsteueranteil gegen Kürzung der Regionalisierungsmittel ist Niedersachsens Landesregierung mit verantwortlich für die künftigen Probleme im ÖPNV. Insbesondere weil Wulff auf die Anrufung des Vermittlungsausschusses verzichtet hat. Die Landesregierung hat durch die Zweckentfremdung von Teilen der Bundesmittel zur Finanzierung der Landesaufgabe Schülerbeförderung einen erheblichen Anteil der Verantwortung für die Kürzung. Niedersachsen ist mit inzwischen fast 100 Mio. Euro jährlich das Bundesland mit der größten nicht rechtskonformen Verwendung der Regionalisierungsmittel.

Regionalisierungsmittel – was ist das?

Mit der Bahnreform 1994 wurde die Finanzierung des Regionalverkehrs der Bahn umgestellt. Die Verantwortung wurde vom Bund an die Länder übertragen. Für die Erfüllung der Aufgaben erhalten die Länder einen festgelegten Teil aus der Mineralölsteuer als so genannte „Regionalisierungsmittel“ (7,1 Mrd. € im Jahr 2005). Niedersachsen erhielt davon einen jährlichen Anteil von rund 600 Mio. €. Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 wurden von CDU und SPD im Bund die Mittel schon für 2006 um 11 Mio. € gekürzt. Für 2007 und die Folgejahre bis 2010 sollen weitere Kürzungen von gut 60 Mio. € jährlich im niedersächsischen Nahverkehr erfolgen. Die jetzt beschlossene Reduktion der Regionalisierungsmittel wird sich bis 2010 bundesweit auf rund 3,3 Mrd. € summieren.



An
Verkehrsminister Hirche
Nds. Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit und Verkehr
Friedrichswall 1
30159 Hannover

Absender:

Bitte wenden!

Hier abschneiden, freimachen und abschieken!



Schicken Sie eine Postkarte an den niedersächsischen Wirtschaftsminister Hirche und fordern Sie ihn zum Handeln auf gegen Leistungskürzungen im ÖPNV!